

Beate Sieweke (Delegierte auf dem SPD-Bundesparteitag, 13.-15. 11. 2009 in Dresden)

„Notwendig ist die Rückeroberung der alten demokratischen und sozialistischen Partei, die die Arbeiterschaft vor 150 Jahren aufgebaut hat“

Auf dem SPD-Bundesparteitag habe ich erklärt, dass ich nicht für den zur Wahl stehenden Parteivorstand stimmen kann, der zum überwiegenden Teil aus denen besteht, die die elfjährige Schröder-Regierungspolitik unter Rot-Grün und in der Großen Koalition mitgetragen haben.

Und auch, dass ich dem Leit Antrag nicht zustimmen kann, der vom jetzigen Bundesvorstand, unter Mitarbeit von Franz Müntefering, verfasst wurde und in dem zu lesen ist: „Nach den 16 Jahren Reformstau der Regierung Kohl haben wir viel bewegt, auf das wir stolz sein können. Bundeskanzler Gerhard Schröder, die Vizekanzler Franz Müntefering, Frank-Walter Steinmeier, unsere Ministerinnen und Minister sowie die sozialdemokratische Bundestagsfraktion haben viel für unser Land erreicht.“

Wie kann man so den 6 Millionen traditionellen SPD-Wählern antworten, die in dieser Wahl auf ihre Weise und mit ihren Mitteln die Bilanz und Konsequenz gegenüber dieser Schröder-Agenda-Politik und ihrer noch schlimmeren Fortsetzung in der Großen Koalition gezogen haben und der SPD ihre Stimme verweigert haben?

Darin kann ich nur eine Verhöhnung der Opfer des Kurses von Schröder und seinen Erben erkennen: der vielen Menschen, die unter dieser Politik zu Billiglöhnern und Hartz IV-Empfängern wurden und die sich und ihre Familien ihrer sozialen Lebensgrundlagen beraubt sehen. Sowie auch der Millionen, die in die Kurzarbeit oder direkt in die Arbeitslosigkeit getrieben wurden, wobei die Zahl der Arbeitslosen statistisch nach unten manipuliert wird.

Und das, während gleichzeitig eine Umverteilungspolitik von unten nach oben die Unternehmerprofite und Spekulation in einem bisher nicht gekannten Ausmaß gefördert hat.

Und es richtet sich gegen die SPD selbst, die vielen Mitglieder in den SPD-Ortsvereinen und der AfA, die gegen die Schröder-Politik der Deregulierung und Privatisierung, der Demontage des Sozialstaates und der Zersetzung der sozialen Sicherungssysteme, gegen die Diktate der Lohnsenkung und der Aushöhlung der Tarifverträge, für die Verteidigung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte gekämpft haben und kämpfen.

Mit meiner Position war ich auch in der

SPD nicht allein. So haben z.B. über 300 GenossInnen mit ihrer Unterstützung des Aufrufs: „Wir brauchen die SPD zurück“ einen wirklichen Neuanfang verlangt, d.h. dass durch eine personelle und politische Erneuerung der SPD Schluss gemacht wird mit der Agenda-Politik und der für sie verantwortlichen Führung.

Nach meiner Rede habe ich einige sehr positive Reaktionen bekommen.

Nach der Wahlbilanzrede des ehemaligen Vorsitzenden der SPD, Müntefering, haben auf dem Bundesparteitag mehr als 60 GenossInnen das Wort ergriffen, von denen der überwiegende Teil seine Wut und Enttäuschung über die Wahl-Niederlage der SPD zum Ausdruck brachte, viele die Basta-Politik verurteilten und die Politik der SPD in den 11 Regierungsjahren scharf kritisierten.

Wie konnte es dazu kommen, dass diese Stimmung bei den Vorstandswahlen keinen Ausdruck fand? Nur 19 von über 500 Delegierten stimmten gegen Gabriel – der Leit Antrag wurde bei 4 Enthaltungen und meiner Gegenstimme angenommen.

Sicher hat das auch etwas mit der Zusammensetzung der Delegierten zu tun. Es waren weitgehend dieselben, die noch im Juni, wenn auch unter dem Druck politischer Manöver, dem Regierungsprogramm einstimmig zugestimmt haben.

Aber es ist auch so, dass die Delegierten unter dem Eindruck der Rede von Sigmar Gabriel zugestimmt haben, der „es wirklich geschafft“ habe, „Hoffnung zu vermitteln“ in eine Erneuerung, wie Ulrike Sommer, Parteitagsdelegierte aus Berlin, in einem Brief schreibt.

Aber kann tatsächlich von diesem Parteitag Hoffnung auf den dringend notwendigen radikalen politischen Kurswechsel ausgehen?

Kann von dieser Führung und den von ihr zu verantwortenden Parteitagsbeschlüssen eine Politik ausgehen zur Verteidigung der Interessen der Jugend und der Arbeitnehmer, der Rentner und Erwerbslosen, die heute dringlicher denn je wirkliche sozialdemokratische Politik brauchen und eine SPD, die sie umsetzt?

Ich will hier nur auf wenige Beispiele eingehen.

Der Beschluss zur Vermögenssteuer – eine „kleine Revolution“?

Ulrike Sommer nennt den Beschluss zur Vermögenssteuer eine „kleine Revolution“, auf die sich der Parteitag zunächst beschränkt habe, während die vielen anderen drängenden Probleme vertagt wurden.

Das wirft aber doch Fragen auf. Wie kann man davon ausgehen zu glauben, dass die Vermögenssteuer ein Instrument



Beate Sieweke als Delegierte auf dem SPD-Bundesparteitag, 13.-15. 11. 2009 in Dresden

sein wird, um die Politik des sozialen Kahlschlags zurückzuweisen? Was ist mit den Milliarden-Steuer geschenken, die unter der Großen Koalition an die Unternehmer geflossen sind – und die weiter fließen? Eine Absage daran und die Forderung nach radikaler Umkehr dieser gigantischen Steuer-Umverteilungspolitik findet sich weder in den Beschlüssen noch in der Rede von Gabriel.

Sigmar Gabriel klagt in seiner Rede die Steuersenkungspolitik der schwarz-gelben Koalition als Angriff auf den Erhalt des Gemeinwohls an, die aber letztlich doch nur eine – wenn auch noch radikalere – Fortsetzung des Kurses der Großen Koalition ist. Und dann – man soll es nicht glauben – verteidigt Gabriel, dass angesichts der Krise „wir (die SPD in der Großen Koalition) innerhalb von Stunden Milliarden- und Billionenbeiträge aufbringen mussten, weil es sonst noch schlimmer geworden wäre“, während „wir den Menschen jahrelang erzählt haben, wir haben für Bildung, für die Kindergärten, für die Rente nicht genug Geld“ (S. Gabriel).

Milliarden, Billionen wurden unter Mitverantwortung der SPD-Minister und -Führung von der Großen Koalition für die Rettung der Banken, Spekulanten und Konzerne bereitgestellt, d.h. das Mehrfache des jährlichen Bundeshaushalts. Das geschah auf der Basis einer horrenden Staatsverschuldung und zugleich der „Schuldenbremse“, die brutale weitere Kürzungen sozialstaatlicher Leistungen verordnet.

Diese Führung wird sich nicht auf den Kampf verpflichten, dass die Milliardenflutung zur Rettung der Bankenspekulation zurückgeführt wird, um die öffentlichen Haushalte, auch der Länder und Kommunen, aus dem „Würgeband der Staatsverschuldung“ (ver.di) zu befreien. Im Gegenteil: Sie ist verbunden mit der Politik der „Schuldenbremse“. Wie will sie die schwarz-gelbe Regierung bekämpfen, die die öffentlichen Haushalte der Länder und Kommunen darauf gestützt in den Ruin führt? Wie will sie gegen die von dem neuen Gesundheitsminister Rösler (FDP) angekündigte Zerstörung der Gesetzlichen Kranken- und der Gesetzlichen Pflegeversicherung antreten, der die verpflichtende private soziale Absicherung als neues Geschäftsfeld der Spekulation offeriert? Wie will diese Führung die öffentlichen Krankenhäuser, die Bildung ... verteidigen?

„Es hilft auch nichts, wenn wir aus der Zahl 67 eine 65 machen“ (Sigmar Gabriel)

Mit ihrer Wahlverweigerung haben Millionen Arbeitnehmerwähler auch Nein gesagt zur Rente mit 67 und den gesamten Rentenkürzungen, die nichts anderes sind als ein Raub an ihrer Rente und die sie in die Altersarmut stürzen. Zur Zeit arbeiten nur ca. 7% bis 65, weil sie entweder krank, arbeitslos oder bereits tot sind. Und Gabriel dazu: „Aber ich sage euch: Es hilft auch nichts, wenn wir aus der Zahl 67 eine 65 machen oder wenn wir sagen, wir gehen zurück auf 'Los'. Es geht doch eigentlich darum, dass wir uns jetzt die Zeit nehmen, um das Verhältnis von Arbeit und sozialen Sicherungssystemen zu klären.“ D.h. für mich, die SPD soll sich die Zeit nehmen, zu überprüfen, wie die Rentner „sozialverträglicher“ um ihre Rente gebracht werden können, da es letztlich keinen Weg vorbei an drastischen Kürzungsmaßnahmen in den sozialen Sicherungssystemen gibt. Und wie das gesamte System der lohnbezogenen und solidari-

schen Rente (Umlageverfahren), die historische Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung, liquidiert werden kann.

In den Beschlüssen ist zu lesen: „Die Sorge vor Altersarmut ist gewachsen.“ Sorge? Es ist die Realität der Rentenkürzungspolitik unter Mitbeteiligung der SPD in 11 Jahren Regierungspolitik, die die Altersarmut wieder zu einem täglichen Erscheinungsbild in unseren Städten gemacht hat. „Wir werden uns dazu im nächsten Jahr konkret verhalten, wenn die Bundesregierung den Bericht zu der Anhebung der Regelaltersgrenze gibt. Unser Regierungsprogramm war eindeutig: Wir brauchen flexible Rentenübergänge...“ (aus den Beschlüssen).

Absage an die Rente mit 67? Glaubt man tatsächlich, die Millionen ArbeitnehmerInnen, auch die SPD-Basis, mit solchen Verschleierungsversuchen täuschen zu können?

Muss nicht wirkliche politische Erneuerung heißen, zurück zu dem beitragsbezogenen, solidarisch und paritätisch finanzierten Rentensystem?

„Wir sind Opel“

Gabriel betont in seiner Rede den „Einsatz für den Erhalt von Arbeitsplätzen bei Opel durch die SPD in der letzten Bundesregierung“. Doch er verliert kein Wort darüber, dass die SPD in der Regierung der Großen Koalition dem mit Milliarden öffentlicher Gelder finanzierten Abbau von über 10.000 Arbeitsplätzen bei Opel zugestimmt hatte.

Dazu eine Anmerkung: Es grenzt für mich schon an Zynismus, wenn Gabriel dazu erklärt, dass auch in der SPD-Wählerschaft diese Gelder an den Opel-Konzern als „Verschwendung von Steuergeldern angesehen wurde“, dass also „von einem gemeinsamen Verständnis von Solidarität nicht mehr überall die Rede sein“ kann. Hatten die Arbeitnehmer nicht absolut recht, diese Milliarden, die dazu dienen sollten, Arbeitsplatzabbau und Produktionseinschränkungen zu finanzieren, als Missbrauch öffentlicher Gelder abzulehnen?

Dagegen hatten schon damals GewerkschafterInnen, Opel-KollegInnen und SozialdemokratInnen von dem damaligen SPD-Minister Scholz eine sofortige Gesetzesinitiative für die staatliche Übernahme von Opel – für die staatliche Garantie aller Arbeitsplätze

und Betriebe gefordert. Alle KollegInnen wollen und brauchen die Verteidigung ihrer sozialen Existenz und die ihrer Familien. Doch diese Forderung wurde von den SPD-Ministern abgewehrt und findet auch heute keinen Eingang weder in die Parteitagebeschlüsse noch in die Rede Gabriels. Und die SPD-Fraktion im Bundestag ist dabei, die Politik der schwarz-gelben Regierung mit dem massiven Arbeitsplatzabbau bei Opel „kritisch“ zu begleiten.

Kann Erneuerung etwas anderes heißen, als die Verpflichtung der SPD auf den offensiven Kampf dafür, dass Opel, alle Arbeitsplätze, die Produktion und das Vermögen der Betriebe unter staatlichen Schutz gestellt werden, mit dem Ziel der staatlichen Garantie zum Erhalt aller Arbeitsplätze? Eine Führung, die stattdessen auf diese Verpflichtung verzichtet, erlaubt der Regierung die fortgesetzte Plünderung der öffentlichen Haushalte für den Profit der Konzerne, für die Umsetzung ihrer „Restrukturierungen“ und Massenentlassungspläne.

* * *

Zum Schluss möchte ich aus der schriftlichen Erklärung zitieren, mit der ich mich zum Beginn des SPD-Parteitags an die Delegierten gewandt hatte und die in meinen Augen nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat:

„Die Absage der Millionen Arbeitnehmerwähler an den Kurs dieser Führung ist umfassend und zugleich ein dringender Aufruf an alle Genossinnen und Genossen, Schluss zu machen mit dieser Politik und der dafür verantwortlichen Führung.“

Der Augenblick ist gekommen für die Rückeroberung der alten demokratischen und sozialistischen Partei, die die Arbeiterschaft vor 150 Jahren aufgebaut hat.

Dazu sind wir bereit und sehen diese Bereitschaft in einer Mehrheit der Parteibasis.

Heute erinnern sich alle an 1989, als vor 20 Jahren die Kraft der Volksmassen bewiesen hat, dass angeblich Unmögliches möglich wird: die Mauer zu Fall zu bringen und die SED-Bürokratie zu stürzen. Wir haben volles Vertrauen in die Kraft der Arbeitnehmerbasis der SPD, ihrer Mitglieder, sich heute die SPD zurückzuerobern und sie als politisches Instrument im Kampf für die Verteidigung der Interessen der ArbeitnehmerInnen und Jugend zurückzugewinnen.“